VR-07 (V-103)-093-2 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Bundesvorstand der Grünen Jugend
Beschlussdatum: 25.10.2024

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 93 bis 114:
Allzu oft haben wir uns in der Vergangenheit mit ~~geschlossenen "Flüchtlingsdeals" schwer getan - zu Recht. Wir haben viele Deals kritisiert, weil sie Menschenrechte nicht schützen, Parlamente umgehen, weil sie Abhängigkeiten von Diktaturen schaffen oder neue Fluchtursachen erzeugen. Wir haben angemerkt, dass die meisten Deals unerwünschte Nebeneffekte haben, dass sie nicht die versprochene langfristige Lösung sind und hatten fast immer Recht. Deswegen setzen wir uns für Alternativen zu den bestehenden "Abkommen" mit Ländern wie Tunesien, Libyen oder der Türkei ein. Das Ziel der zukünftigen Migrationspartnerschaften muss sein, dass sie die Lebenssituation vor Ort verbessern und geordnete Wege in den Arbeitsmarkt oder zum Asylantrag in Europa gibt. Nur so werden wir die irreguläre Migration nach Europa wirksam und langfristig reduzieren können. Im ersten Schritt sollte es vor allem eine neue ernsthafte Partnerschaft mit der Türkei geben. Das Ziel dieses Abkommens muss sein, dass die mehreren Millionen syrischen und afghanischen Geflüchteten in der Türkei eine bessere Situation haben und dass davon auch die türkische Bevölkerung profitiert. Ein Kern der Vereinbarung könnte eine Visa-Liberalisierung für Kurzzeitvisa sein. Wenn türkische Staatsangehörige ohne Probleme im Schengenraum Urlaub machen oder einen Job suchen könnten, wäre der Freiheitsgewinn enorm. Andererseits wäre Erdogan gezwungen, Rückführungen zu akzeptieren und die Menschenrechtslage in der Türkei zu verbessern, wenn er die Visaliberalisierung nicht gefährden will. Das könnte er sich innenpolitisch gar nicht erlauben.~~geschlossenen "Flüchtlingsdeals" schwer getan - zu Recht. Wir haben viele Deals kritisiert, weil sie Menschenrechte nicht schützen, Parlamente umgehen, weil sie Abhängigkeiten von Diktaturen schaffen oder neue Fluchtursachen erzeugen. Wir haben angemerkt, dass die meisten Deals unerwünschte Nebeneffekte haben, dass sie nicht die versprochene langfristige Lösung sind und hatten fast immer Recht. Deswegen setzen wir uns für Alternativen zu den bestehenden "Abkommen" mit Ländern wie Tunesien, Libyen oder der Türkei ein. Das Ziel der zukünftigen Migrationspartnerschaften muss sein, dass sie die Lebenssituation vor Ort verbessern und geordnete Wege in den Arbeitsmarkt oder zum Asylantrag in Europa gibt. Nur so werden wir die irreguläre Migration nach Europa wirksam und langfristig reduzieren können. Migrationspartnerschaften dürfen nicht mit Staaten, die Menschenrechte missachten, abgeschlossen werden